

Fiskalpakt im Parlament
Der Fiskalpakt sabotiert
soziales Europa, auch in Luxemburg!



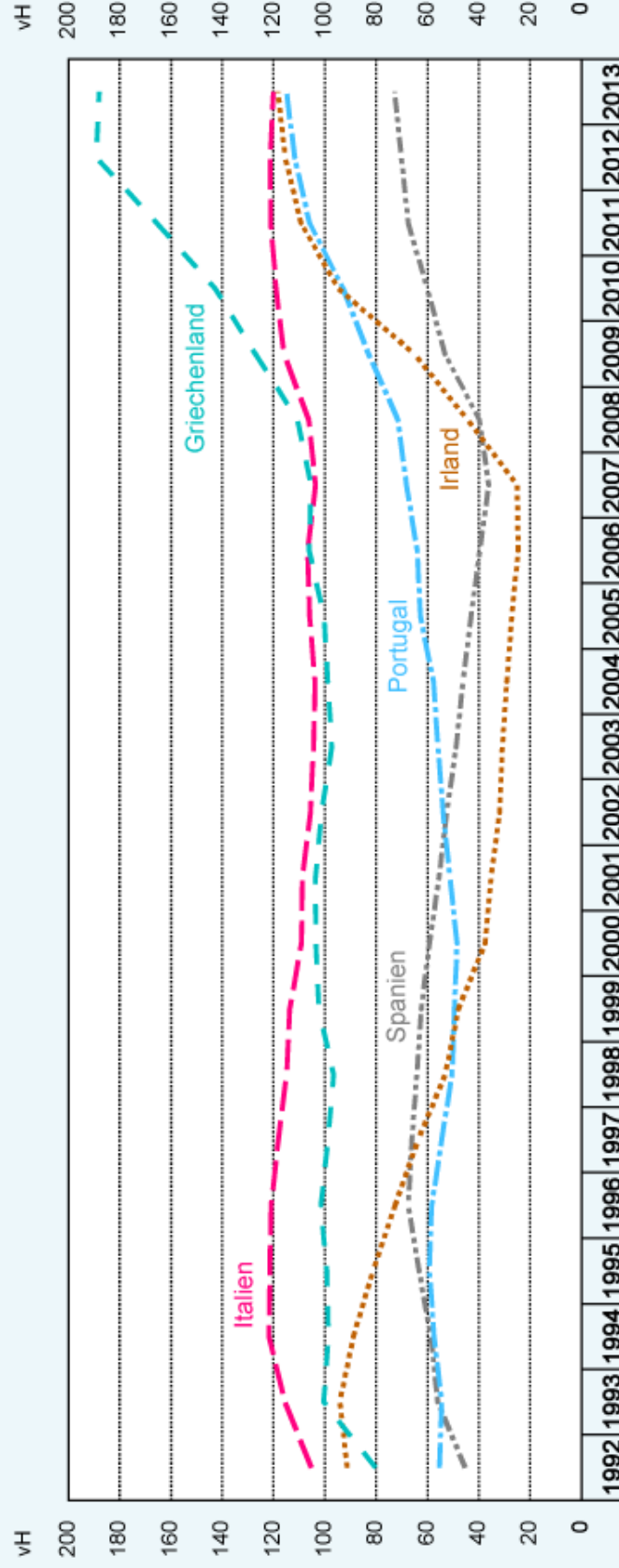
Sam TANSON
Präsidentin der Partei

François BAUSCH
Abgeordneter

Claude TURMES
Europaabgeordneter

www.greng.lu

Schuldenstandsquoten der Problemländer im Euro-Raum¹⁾



1) Schuldenstand des Staates in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt, ab 2011 Schätzung des IWF.

Quelle: IWF

déi gréng lehnen den Fiskalpakt ab

Der Fiskalpakt sabotiert das soziale Europa und ist keine Lösung für die Schuldenkrise

Déi gréng werden im Parlament gegen den Fiskalpakt stimmen, denn seine Schuldenbremse ist ökonomisch schädlich, sozial ungerecht und er trägt nicht zur Lösung der Finanz- und Schuldenkrise bei. Dagegen wird er die Handlungsfähigkeit der Regierungen bei den Sozial- und Wirtschaftsprogrammen untergraben. Auch die Souveränität der nationalen Parlamente in Europa wird durch den Fiskalpakt beschnitten, ohne durch zusätzliche demokratische Kontrolle im Europaparlament ergänzt zu werden.

Bereits vor der Finanzkrise von 2008 war vielen europäischen Politikern klar, dass die europäische Haushaltspolitik gestärkt werden sollte. Es waren zwar nicht die aufstrebenden Länder wie Irland, Spanien und Portugal, die die Konvergenzregeln wiederholt missachteten, sondern vor allem Frankreich und Deutschland. Aber die destabilisierenden Folgen für den Euro-Raum waren deshalb nicht geringer.

Die Banken- und Finanzkrise von 2008-2010, die dann in eine Finanz- und Schuldenkrise einiger europäischer Staaten mündete, führte zum massiven politischen Druck, die öffentlichen Schulden zu begrenzen. Die Bundesrepublik Deutschland forderte die Einführung einer strikten Schuldenbremse und zementierte diese in einem „Fiskalpakt“ mit Vertragsrang.

Was ist neu im Fiskalpakt?

Der Fiskalpakt führt eine strikte Schuldenobergrenze für die Budgets der Regierungen, der Gemeinden und der Sozialversicherungen ein. Die Einhaltung dieser Obergrenze erhält Verfassungsrang und wird durch automatische Sanktionen durchgesetzt, die vom EU-Gerichtshof festgelegt werden.

Darüber hinaus sind zukünftig die Hilfen des Europäischen Stabilitätsmechanismus an die Ratifizierung des Fiskalpaktes gebunden.

An sich ist es richtig, eine nachhaltige Politik nicht auf exzessiven öffentlichen Schulden aufzubauen, denn diese müssen von den nachkommenden Generationen abgetragen werden. Andererseits erwarten wir jedoch auch, dass die Regierungen heute in die Infrastrukturen ihrer Länder investieren um das Wohl der zukünftigen Generationen sicher zu stellen. Und wir möchten, dass dieselben Regierungen, in Zeiten von Konjunkturlauten, diese sozial abfedern und die Wirtschaft wieder ankurbeln. Dies alles kann aber nur ohne strikte Schuldenbremse gelingen.

Wer für den Fiskalpakt eintritt, nimmt eine gefährliche Schwächung der Handlungsfähigkeit der Staaten in Kauf, auf Kosten der wirtschaftlich Schwächeren. Letztendlich wird durch die strikte Schuldenbremse im Fiskalpakt gerade jenen Programmen den Geldhahn zugedreht, die auf sozialen Ausgleich gerichtet sind: Arbeitslosenversicherung, Wohnungsprogramme, Gesundheitsprogramme.

Warum *déi gréng* gegen den Fiskalpakt stimmen werden.

1. Der Fiskalpakt ist ökonomisch schädlich und sozial ungerecht

Der Fiskalpakt erlaubt keine antizyklische Politik wie sie in Konjunkturkrisen notwendig wäre. Gerade wenn die Konjunktur schwächelt, muss die öffentliche Hand Geld in die Hand nehmen können um die Nachfrage anzukurbeln. Gespart werden soll dann, wenn es wieder wirtschaftlich bergauf geht.

Der Fiskalpakt regelt nur die Seite der Staatsausgaben und zielt nicht auf einen Ausbau der gemeinsamen EU-Steuerpolitik. Der Steuerwettbewerb wird demnach ungebremsst weitergehen, die Steuereinnahmen der Staaten werden sinken und ihre Handlungsfähigkeit wird abnehmen.

Die Schuldenbremse, gepaart mit weiterem Steuerwettbewerb führt zu schwachen Staaten, die in Krisenzeiten weder die Wirtschaft ankurbeln, noch die Konsequenzen der Krise über eine aktive Arbeitsmarktpolitik und Sozialprogramme abfedern können. Gerade in Krisenzeiten haben jedoch Staatsausgaben immer einen umverteilenden Charakter, denn sie werden über progressive Steuern finanziert. Deshalb gehen dann die Ausgabenkürzungen noch stärker zu Lasten der wirtschaftlich Schwächeren.

Zusätzlich schränken wir die Möglichkeit der Regierungen stark ein, durch Neuverschuldung sinnvolle und produktive Investitionen stemmen. Das ist unsinnig, denn diese Investitionen schaffen erst das Wirtschaftspotential mit denen Schulden getilgt werden. Angesichts des sehr hohen Multiplikatoreffektes öffentlicher Ausgaben auf die Belebung der Konjunktur sind die Regeln des Fiskalpaktes also doppelt schädlich.

Der Fiskalpakt führt dazu, dass sich zukünftige Konjunkturschwächen schnell zu einer handfesten Rezession entwickeln werden. Das bedeutet weniger Geld für Kurzarbeitszeitprogramme aber dafür mehr Arbeitslosigkeit und weniger Geld für Wohnungsprogramme aber dafür teurere Wohnungen und mehr Obdachlose.

2. Der Fiskalpakt führt zu einer relativ stärkeren Verschuldung

Diese Politik, die beim Fiskalpakt auf die Schuldenbremse pochte, führte in Griechenland zu einem massiven Anstieg der Verschuldung ! Griechenland ist heute stärker verschuldet als vor der Krise und der Staat muss mehr Steuergelder für den Schuldendienst ausgeben! Die fehlen dann für die soziale Grundsicherung, die Schulen, die medizinische Versorgung usw.

Die Schuldenbremse stärkt nicht die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der Staaten. Deshalb können die Staaten auch keine Schulden abbauen, sondern müssen eine Schrumpfung ihrer Wirtschaftsleistung (des PIB) hinnehmen.

Diese Politik darf nicht zum Regelfall werden, wenn andere Staaten in eine ähnliche Situation geraten wie Griechenland. Der Fiskalpakt führt dazu, dass politische Handlungsfähigkeit der Regierungen durch ein Diktat blinder Regeln ersetzt wird. Im Vorfeld, wird dem Finanzminister alle Macht innerhalb der Regierung zugespielt. Er wird die gesamte Politik mit seinen Forderungen nach Austerität gängeln, ohne dafür zu sorgen, dass die öffentliche Hand über genügend Steuereinnahmen verfügt damit sie ihre Rolle zum Schutz der wirtschaftlich Benachteiligten übernehmen kann.

3. Der Fiskalpakt ist keine Lösung für die Eurokrise

Die Schuldenbremse im Fiskalpakt behandelt ein Symptom der Krise und nicht ihre Ursachen. Die Schuldenkrise wurde nicht durch eine zu starke Verschuldung öffentlicher Haushalte hervorgerufen, sondern durch die lasch regulierte Finanzökonomie. In den Jahren 2000 – 2008 sank die Verschuldungsrate der Euro-Länder.

Wir brauchen deshalb eine bessere Regulierung der Finanzmärkte. Hier hat jedoch der politische Wille zur Regulierung nachgelassen: Basel III, Bankentestament, Einlagensicherung, Markttransparenz,... Seit 4 Jahren hat der Druck der europäischen Bankenlobbies erfolgreich dafür gesorgt, dass viele Reformvorschläge der „Bankenunion“ verwässert wurden.

Das Vertrauen der Investoren gewinnen wir nicht durch rigide Schuldenregeln, sondern durch klare Rahmenbedingungen, in denen die Finanzökonomie funktionieren kann ohne Staaten durch Finanzspekulation zu gefährden. Staatsanleihen haben zum Beispiel eine beruhigende Wirkung auf die Volatilität der Finanzmärkte und die Zentralbanken können gerade über Staatsanleihen die Finanzmärkte entscheiden beeinflussen. Der Fiskalpakt untergräbt jedoch diese Stabilität, weil Staatsanleihen demnächst anrühlich würden und es immer weniger davon geben wird.

Der Fiskalpakt ist also nicht nur der falsche Ansatz zur Überwindung der Krise, er ist schlicht nicht nötig! Das Europäische Parlament hat gemeinsam mit der Kommission und dem Rat konkrete Regeln aufgestellt, wie Krisenländer sowohl Schulden begrenzen kann und dabei die Sozial- und Investitionspolitiken nicht vernachlässigt. Dies wurde bereits und mit dem 6-Pack im November 2011 vorbereitet und letzte Woche mit dem 2-Pack verstärkt. Dadurch wird die Möglichkeit geschaffen durch Partnerschaftsabkommen zwischen EU-Mitgliedern zusätzliches Investitionskapital zu mobilisieren. Zukünftig müssen Krisenländer genau aufzeigen, wie ihre Sparprogramme wirken, die Lasten verteilt sind und dass Bildung und Gesundheit ausreichend finanziert bleiben! Das ist eine sinnvolle europäische Krisenpolitik!

4. Fiskalpakt ist antidemokratisch und anti-europäisch

Bereits die Art und Weise wie der Fiskalpakt ausgehandelt wurde, entspricht nicht unserer Vorstellung einer Europäischen Politik, die demokratisch, von Parlamenten legitimiert sein muss. Der Fiskalpakt kam durch zwischenstaatliche Verhandlungen auf Regierungsebene und unter großem Druck einiger weniger Mitgliedsländer zu Stande.

Es gab im Vorfeld keine Diskussionen mit der Abgeordnetenkommer oder des Europa-Parlamentes. Wenn wir jetzt diesem Vertrag zustimmen, legitimieren wir im Nachhinein auch diese Art der Politikgestaltung, die ohne demokratische Legitimation die EU in eine wirtschaftspolitischen und institutionelle Sackgasse führt.

Der Fiskalpakt ist jedoch auch anti-europäisch, weil er den Staaten einen brutalen und sinnlosen Sparkurs aufzwingt ohne die stimulierenden Möglichkeiten der europäischen Solidarität auszuschöpfen oder gar auszuloten. Wir sollten Europa mit mutigen Schritten in die Zukunft aufbauen und nicht mit einer repressiven Sparpolitik, die die sozialen Errungenschaften der Europäer untergräbt.

Auch die Art und Weise, wie die Ratifizierung und die Umsetzung des Fiskalpaktes in Luxemburg erfolgt, zeigt, dass hier demokratische Rechte untergraben werden. Die Regierungsparteien haben zu keinem Zeitpunkt versucht eine öffentliche Diskussion über Sinn oder Unsinn des Paktes zu führen. Er wird von Anfang an, fälschlicherweise als „alternativlos“ hingestellt indem über die möglichen Alternativen nicht diskutiert wird. Es erstaunt, dass scheinbar niemand auf eine grundsätzliche Diskussion pocht.

So werden wohl auf Dauer die Gestaltungsmöglichkeiten der Parlamente untergraben durch "automatische" Korrekturregeln des EU-Gerichtshofes. Dies wird sicher nicht dazu führen, die Sympathien bei den Bürger und Bürgerinnen zu fördern für ein besseres und stärkeres Europa.

5. Es gibt bessere Alternativen

a. Europäischer Steuerpakt

Wir brauchen den Staat mehr denn je als Zukunftsinvestor. Anstelle einer Schuldenbremse bräuchten wir eine **Steuersenkungsbremse**, die Steuersenkungen verhindert solange das öffentliche Defizit die Konvergenzkriterien übersteigt. So können wir ebenfalls öffentliche Haushalte sanieren, ohne die soziale Schieflage zu verstärken.

Von daher reicht es nicht, wenn wir dem Fiskalpakt noch zusätzlich einen "Wachstumspakt" hinzufügen würden, denn der Fiskalpakt beschneidet zu sehr Ausgabenseite der öffentlichen Haushalte, ohne die Einkommenseite zu stützen. Die Staaten könnten also möglicherweise den "Wachstumspakt" gar nicht finanzieren.

Deshalb sollte Luxemburg die rezenten Anstrengungen der EU-Kommission und der OECD unterstützen, bei der Besteuerung der transnationalen Unternehmen auf eine stärkere Harmonisierung zumindest innerhalb der EU zu drängen. Seit der Veröffentlichung ihres "Base Erosion and Profit Shifting" (BEPS) Berichtes vor zwei Wochen, prüft beispielsweise die OECD auch Systeme, die die Besteuerung von Konzernen als Einheit vorsehen (*unitary taxation system*). Dies erscheint uns ein erfolgversprechender Ansatz, das jedoch den Luxemburger Finanzplatz und unseren öffentlichen Haushalt vor einige Herausforderungen stellen wird.

Da die EU-Kommission und die G-8 diesen Ansatz ebenfalls unterstützen ist dies eine radikale Kehrtwende seit der Mitteilung der Kommission aus dem Jahr 2001, in der es hieß es bestehe „kein Bedürfnis für eine allgemeine Harmonisierung der unterschiedlichen Steuersysteme der Mitgliedstaaten“. Heute besteht Konsens darüber, dass der freie Kapitalverkehr nicht zur Steuervermeidung missbraucht werden darf. Dieser Kehrtwende europäischer Politik muss auch Luxemburg sich stellen, je früher desto besser.

Dazu schrieben die Grünen aus Deutschland und Luxemburg in der gemeinsamen **Luxemburger Erklärung** im Dezember 2010 bereits:

„Neue Steuereinkommen und eine stärkere fiskalische Zusammenarbeit sind notwendig, um ausgeglichene öffentliche Finanzen zu erreichen. Dies führt über :

- *ein Quantensprung im Kampf gegen die Steuerflucht;*
- *ein EU-Mindestsockel von 25 Prozent Unternehmenssteuern;*
- *eine konsolidierte Unternehmenssteuerbasis, um die reale Steuerlast der einzelnen Unternehmen zu ermitteln;*
- *den automatische Informationsaustausch für alle Einkommen in der EU und in den OECD-Staaten;*
- *innovative Steuern für die EU-Mitgliedstaaten und die EU, beispielsweise eine Finanztransaktionssteuer und Ökosteuern, die den Faktor Arbeit weniger und den Umweltverbrauch mehr belasten;*
- *Eurobonds, also EU-Staatsanleihen um die ökologische Transformation der EU zu finanzieren;*
- *die qualifizierte Mehrheitsregel, die mittelfristig im EU-Rat bei finanzpolitischen Entscheidungen eingeführt.“*

b. Investitionsprogramm für die Jobgarantie

Statt einer blinden Schuldenbremse brauchen wir einen klaren Blick für Investitionen, die europäische Staaten zukunftsfähig machen. Dazu gehören die Investitionen in die Energiewende, in die Berufsaus- und Weiterbildung, sowie in die Forschung. **Wir brauchen einen europäischen Zukunftspakt**, der sowohl ein realistisches und sozial verträgliches Szenario zur Reduktion der öffentlichen Schulden beinhaltet und ebenfalls die Mobilisierung zusätzlicher Gelder für Zukunftsinvestitionen. Dies scheint uns auf absehbare Zeit, der einzig gangbare Weg, das Versprechen der Jobgarantie für Jugendliche einzulösen.

Wir müssen uns aus der Schuldenkrise herausarbeiten durch sinnvolle, zukunftsorientierte Investitionen in grüne, Technologien, nachhaltige Infrastrukturinvestitionen und soziale Programme. Finanzieren können wir dieses Konjunkturprogramm über zusätzliche, progressive und sozialverträgliche Steuereinnahmen, beispielsweise die Finanztransaktionssteuer.

c. Schuldentilgungsfond und demokratisch legitimierte Fiskalpolitik

Natürlich müssen wir auch die derzeitigen Schuldenhochstände einiger europäischer Länder im Auge behalten und insgesamt zu einer stärkeren fiskalpolitischen Zusammenarbeit innerhalb der EU kommen.

Aber dabei sind die Arbeiten des Europaparlamentes, gemeinsam mit der Kommission und dem Rat seit Ende 2011 ein gutes Stück voran gekommen. Die Implementierung der Reform des Stabilitäts- und Wachstumspaktes (sog. Six-Pack) Ende 2011 hat gezeigt, dass die europäische Zusammenarbeit funktioniert, auch ohne Diktat der großen Euro-Länder.

Die beiden Verordnungen des sogenannten „Two-Pack“, die letzte Woche vom Europaparlament verabschiedet wurden, festigt diesen Weg. Die erste Verordnung gestaltet die Regeln für die Mitgliedsstaaten im Defizitverfahren aus. Die zweite definiert erstmals Regeln für Länder unter den Rettungsschirmen wie Griechenland, Portugal und Irland. In beiden Berichten konnten auf Grüne Initiative hin zahlreiche Punkte verankert werden, die einen effektiven Beitrag zur Überwindung der Eurozonen-Krise leisten.

Innerhalb der nächsten 12 Monate, wird eine Expertengruppe außerdem Vorschläge erarbeiten zur Einführung des Schuldentilgungsfonds und kurzfristigen Euro-Anleihen („Eurobills“), gekoppelt an strenge Auflagen, sowie zur Verbesserung der demokratischen Kontrolle der Europäischen Wirtschaftspolitik.

Angesichts dieser Entwicklung, können wir in Europa auf die Anwendung einer ökonomisch und sozial unsinnigen Schuldenbremse verzichten.